



****PRESSEMITTEILUNG***PRESSEMITTEILUNG****

Dienstag, 06. Mai 2014

Der Schulden-Check 2014

Kurzdarstellung:

Die Vorlage des neuen Strategieberichts hat EcoAustria zum Anlass genommen, ein Update des Schulden-Check vorzunehmen. Die Berechnungen zeigen, dass die implizite öffentliche Verschuldung (Gegenüberstellung zukünftiger Ausgaben und Einnahmen bei geltender Rechtslage) 197 % des BIP beträgt. Zusammen mit der derzeitigen Verschuldungsquote ergibt sich eine effektive Verschuldungsquote von 271,5 %.

Reformvorschläge der NEOS (Heben von Effizienzpotenzialen im föderalen System, Senken des Förderniveaus auf international übliches Niveau und Reformen im Pensionssystem) führen dazu, dass diese effektive Verschuldung um 379,6 % gesenkt werden kann, was dann sogar ein effektives Nettovermögen implizieren würde. Werden Teile der Ausgabenkürzungen für eine Steuersenkung herangezogen, sodass die effektive Verschuldung Null beträgt, so könnte die Abgabenquote ab 2015 um rund einen Prozentpunkt gesenkt werden.

Update des Schulden-Check

Die Vorlage des neuen Bundesbudgets für die Jahre 2014 und 2015 sowie des Strategieberichts durch den Bundesminister für Finanzen hat EcoAustria zum Anlass genommen, ein Update des Schulden-Check Modells vorzunehmen, um die neuen Informationen zu berücksichtigen.

Als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Defizite und Schuldenstände der öffentlichen Haushalte weltweit massiv ausgeweitet. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist zu einem bestimmenden wirtschaftspolitischen Thema geworden. Gemäß Strategiebericht der österreichischen Bundesregierung wird der gesamtstaatliche Budgetsaldo bis zum Jahr 2016 auf 0,7 % zurückgehen, und danach wird mit einer Schuldenbremse die strukturelle Neuverschuldung mit 0,45 % des Bruttoinlandsprodukts begrenzt.

Österreich weist mit einer gesamtstaatlichen Verschuldung von 74,5 % des BIP und einer Nettoneuverschuldung von 1,5 % eine im internationalen Vergleich noch relativ günstige Ausgangsposition auf. Die gängigen Fiskal-Indikatoren blenden jedoch die Tatsache aus, dass die öffentliche Hand beträchtliche Verbindlichkeiten aus Leistungsversprechen an derzeit lebende und künftige Generationen aufbaut. Diesen Verbindlichkeiten steht keine entsprechende Rücklagenbildung gegenüber, was zur Konsequenz hat, dass sie aus den laufenden Budgets in der Zukunft gedeckt werden müssen.

EcoAustria hat mit dem „Schulden-Check“ ein Modell entwickelt, das die Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte in Österreich abbildet. Nach der Methode des „Generational Accounting“ wurde die „Effektive Staatsschuld“ berechnet. Diese stellt auf Basis der geltenden Rechtslage alle gegenwärtigen und zukünftigen Ausgaben des Staates den gegenwärtigen und zukünftigen Einnahmen gegenüber.

In der Analyse wurden die Annahmen des Strategieberichts der Bundesregierung sowie die mittelfristige Prognose des WIFO übernommen, auch wenn aktuell auch pessimistischere

Einschätzungen vorliegen, wie dies an der aktuellen Frühjahrsprognose der EU-Kommission erkennbar ist. Die Berechnungen ergeben eine effektive Verschuldung (derzeitiger Schuldenstand plus implizite Verschuldung) von 271,5 % des Bruttoinlandsprodukts. Zusätzlich zu der bereits vorhandenen Staatsverschuldung müsste der österreichische Staat folglich 197 % des Bruttoinlandsprodukts an Fremdmitteln auf den Kapitalmärkten aufnehmen, um die zukünftigen Nettoverpflichtungen zu finanzieren. Um die effektive Staatsschuld abzubauen, wäre eine Verbesserung des strukturellen Defizits um knapp 2,5% des BIP notwendig.

Die Ursache für die hohe implizite Staatsverschuldung liegt darin begründet, dass wesentliche Bereiche der öffentlichen Haushalte nicht nachhaltig ausgerichtet sind. Demografische Entwicklungen, wie die steigende Lebenserwartung und niedrige Geburtenraten führen zu erheblichen Belastungen der öffentlichen Haushalte in den Bereichen Pensionen, Gesundheit und Pflege.

Der derzeitige Finanzrahmen sieht eine schrittweise Verringerung des Defizits vor. Diese Stabilisierung ist auch durch eine merkbare Ausweitung der Abgabenbelastung erreicht worden. Ab Beginn des nächsten Jahrzehntes weitet sich die Finanzierungslücke des gesamtstaatlichen Haushalts ohne stabilisierende Maßnahmen jedoch wiederum stetig aus. Bei Fortschreibung der geltenden Rechtslage würde das strukturelle Defizit bis zum Jahr 2060 sogar auf 8,3 % des BIP zulegen.

Die hohe effektive Staatsverschuldung zeigt auf, dass die gegenwärtige Struktur der öffentlichen Haushalte zu einer Umverteilung zwischen lebenden und künftigen Generationen führen wird. Die Analyse ergibt, dass die laut geltender Rechtslage vom Staat abgegebenen Leistungsversprechen nicht finanzierbar sind. Es müssen künftig also entweder die Abgaben erhöht, oder die Leistungszusagen zurückgenommen werden. Wenn nicht unmittelbar die finanzielle Nachhaltigkeit sichergestellt wird, müssen zukünftige Generationen die volle Last der notwendigen Anpassungen tragen.

Maßnahmen zur Verbesserung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen

Neben dem Update des Schulden-Check Modells und der Berücksichtigung der neuen Informationen hat das Institut die Auswirkungen von Reformmaßnahmen der NEOS in drei Bereichen auf die Wirkung auf die effektive Staatsschuld durchleuchtet. Die erste Maßnahme betrifft Einsparungen bei öffentlichen Förderungen, die zweite die Hebung von Effizienzpotenzialen im Kompetenzbereich der Bundesländer und die dritte Maßnahme sieht Änderungen im Pensionsbereich vor.

Im ersten Szenario werden Einsparungspotenziale im Bereich der **Förderungen** abgebildet. Ausgenommen wurden dabei das Gesundheitswesen sowie Förderausgaben der Länder, da diese Bereiche schon im zweiten Szenario zumindest teilweise berücksichtigt wurden. Jüngere Untersuchungen des WIFO ergeben, dass Österreich im europäischen Vergleich über ein stark ausgebautes Fördersystem verfügt. Unter Berücksichtigung aller möglichen strukturellen Bestimmungsfaktoren kommen die Autoren zum Schluss, dass das Förderniveau in Österreich etwa *das 1,5-fache über jenem Wert liegt, der strukturell zu erwarten wäre*. 2011 betragen Subventionen und Vermögenstransfers 10,7 Mrd. EUR, dies entspricht etwa 3,6% des BIP. Somit ergibt sich ein Konsolidierungspotenzial im Bereich der Förderungen (ohne Länder und ohne Gesundheit) von etwa einem Drittel, dies sind 3,6 Mrd. EUR relativ zu Werten des Jahres 2011. Dies entspricht einer ausgabenseitigen Konsolidierung im Ausmaß von **1,2% des BIP** jährlich.

Das zweite Szenario bildet kostenmindernde Effekte von Länderausgaben ab. Um **Effizienzpotenziale der Bundesländer** abzuschätzen, wurden einzelne Ausgaben- und Aufgabenfelder der Bundesländer einem „Benchmarking“ unterzogen. Dabei wurden die Ausgaben Leistungs- und Strukturindikatoren gegenübergestellt und Effizienzpotenziale jeweils am ‚effizientesten‘ Bundesland bemessen. In dieses Benchmarking einbezogen wurden Ausgaben der Länder in den Bereichen *allgemeine Verwaltung, Pflichtschule, Kinderbetreuung, stationäre Pflegeinfrastruktur, Gesundheit und Wohnbauförderung*. Über alle untersuchten Aufgabenbereiche der Bundesländer lässt sich eine Effizienzsteigerung bei gleichbleibendem Leistungsniveau von etwa **1,5% des BIP** jährlich identifizieren.

Für den Bereich der Pensionen wurden für die Simulation folgende Änderungen vorgesehen. Die erste Änderung betrachtet die Auswirkungen der Implementierung eines **Nachhaltigkeitsfaktors im Pensionssystem**, welcher um den Anstieg der Lebenserwartung das Wachstum der Neupensionen dämpft. Der Vorteil liegt insbesondere darin, dass Veränderungen in der Restlebenserwartung explizit berücksichtigt werden. Damit wird jeder Alterskohorte bei gleicher Beitragsleistung dieselbe Pensionssumme gewährt. Die Pensionssumme ist somit unabhängig von der Lebenserwartung. Die zweite Änderung, welche für die Bewertung herangezogen wurde, sieht eine **frühere Angleichung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters der Frauen**, beginnend mit 2018, vor. Die Übergangsfrist, derzeit von 2024 bis 2033, wird somit vorgeschoben, die Länge der Übergangsfrist bleibt jedoch unverändert. Somit wird die Angleichung im Jahr 2027 anstatt 2033 erreicht.

Tabelle 1: Veränderung der effektiven öffentlichen Verschuldung bei verschiedenen Reformszenarien

In % des BIP	Veränderung der effektiven öffentlichen Verschuldung	Effektive öffentliche Verschuldung nach Reform
Ausgangssituation		271,5%
Szenario Förderungen	-101,8%	169,7%
Szenario Effizienz öffentliche Ausgaben auf Länderebene	-151,9%	119,6%
Szenario Nachhaltigkeit Pensionen	-125%	146,5%
Szenario Anhebung Frauenpensionsalter	-3,5%	268%
Gesamt	-379,6%	-108,1%

Quelle: Schulden-Check von EcoAustria.

In Summe führen die Reformvorschläge der NEOS zu einer beträchtlichen Verringerung der effektiven öffentlichen Verschuldung. Insofern führen die Maßnahmen dazu, dass die zukünftigen Versprechen eingehalten bzw. sogar übererfüllt werden können. Dies würde Spielraum für eine Reduktion der Abgabenbelastung bei Einhaltung der zukünftigen Versprechen (d.h. eine effektive Staatsschuld von Null) schaffen. Simulationsergebnisse zeigen, dass die Abgabenquote um rund einem Prozentpunkt ab dem Jahr 2015 reduziert werden kann.

Rückfragehinweis:

DI Johannes Berger

Telefon.: 066488739624

johannes.berger@ecoaustria.at